



Gabriela Heinrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Martin Burkert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr
und digitale Infrastruktur

Gabriela Heinrich, MdB · Platz der Republik · 11011 Berlin

Friedensmuseum Nürnberg e.V.
Kaulbachstraße 2
90408 Nürnberg

**Platz der Republik (UdL 50)
11011 Berlin**

Tel.: (030) 227-75844

Fax: (030) 227-76844

e-mail: gabriela.heinrich@bundestag.de

Internet: www.gabriela-heinrich.de

Nürnberg, den 28.08.2017

Sehr geehrte Damen und Herren vom Nürnberger Friedensmuseum,

wir als die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten schätzen die Arbeit des Friedensmuseums sehr. Das Nürnberger Friedensmuseum ist für die "Stadt der Menschenrechte" unverzichtbar. Und wir danken Ihnen sehr herzlich, dass Sie uns die Gelegenheit geben, unsere Positionen und die der SPD zu den Themen Atomwaffen und Rüstungsexporte darzulegen. Aber nun zu ihren Fragen im Einzelnen:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland diesem Vertrag beitrifft?

Ja. Das Auswärtige Amt hatte begründet, dass Deutschland nicht an den Verhandlungen teilnimmt, weil ein Vertrag wirkungslos bleibe, sofern die Länder mit Atomwaffen nicht eingebunden seien. Aber aus unserer Sicht ist der Vertrag ein Beitrag von mehreren zur Abrüstung von Atomwaffen. Die zuständigen SPD-Bundestagsabgeordneten, unter anderem unsere Kollegin Ute Finckh-Krämer, hatten erst im Juni ein [Statement](#) dazu veröffentlicht. Darin finden wir vor allem gut, dass zwischen dem von Ihnen angesprochenen Verbotsvertrag und dem bestehenden Atomwaffensperrvertrag eine enge Verknüpfung bestehen muss. Auch die Forderungen, dass Deutschland ein Anwalt des Atomwaffensperrvertrages sein sollte, unterstützen wir. Der Verbotsvertrag darf allerdings den Atomwaffensperrvertrag nicht gefährden.

In unserem Wahlprogramm sprechen wir uns, anders als CDU und CSU, für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung aus. Um das zu erreichen, will Martin Schulz eine Abrüstungsinitiative starten, wenn er dafür von den Wählerinnen und Wählern eine Mehrheit erhält. Wir unterstützen eine Abrüstungsinitiative und hoffen, dass nach zwölf Jahren ein Kanzler die Mehrheit findet, dem Abrüstung ein Anliegen ist. Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen ist und bleibt auch unser persönliches Ziel.

Wahlkreisbüro, Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: (0911) 4389632 Fax: (0911) 435694 gabriela.heinrich.mdb@bundestag.de



Gabriela Heinrich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Martin Burkert
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr
und digitale Infrastruktur

Werden Sie dafür eintreten, dass diese Atomwaffen nicht „modernisiert“, sondern aus Deutschland abgezogen werden?

Im Wahlprogramm der SPD haben wir festgehalten: "*Wir [...] setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden*". Und Martin Schulz hat erst vorletzte Woche bei einer [Wahlkampf-Veranstaltung](#) in Trier gesagt: "*Ich werde mich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland dafür einsetzen, dass in Deutschland gelagerte Atomwaffen – und wenn sie in Rheinland-Pfalz gelagert sind, dann die in Rheinland Pfalz gelagerten Atomwaffen – abgezogen werden.*" Diese Linie unterstützen wir als Nürnberger Bundestagsabgeordnete uneingeschränkt. Die Wählerinnen und Wähler müssen entscheiden, ob sie diese Kursänderung mit einem anderen Bundeskanzler wollen, oder nicht.

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Export von „Kleinwaffen“ völlig verboten wird, einschließlich Munition und Produktionslizenzen? Unterstützen Sie die Kampagne für ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz?

Martin Schulz wird als Bundeskanzler eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern enthalten. Die SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln für Kleinwaffenexporte zu verschärfen. Darauf wollen wir aufbauen.

In der GroKo konnte die SPD nicht alles durchsetzen, weil es am nicht vorhandenen Willen der Union gescheitert ist. Und die SPD hat trotzdem die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in Deutschland gegeben hat. Die entsprechenden Berichte werden regelmäßig öffentlich gemacht und ermöglichen damit jetzt Diskussionen, die früher so nicht möglich waren. Der Wert der Rüstungsexporte sank 2016 im Vergleich zu 2015 um 1 Milliarde Euro auf 6,85 Milliarden Euro. Auch in den ersten vier Monaten 2017 ging das Exportvolumen deutlich zurück. Vorher gab es natürlich auch noch Exporte, die auf schwarz-gelbe Entscheidungen zurückgingen (zum Beispiel Panzer nach Katar), die die SPD ohne Mitziehen der Union nicht rückgängig machen konnte. Das alles sind erste Schritte, aber wir wissen, dass das noch nicht genug ist.

Ein Rüstungsexportverbot ohne jegliche Ausnahmen sehen wir jedoch kritisch, da dies Deutschland die NATO-Mitgliedschaft bzw. sogar die in der EU kosten könnte. Daher treten wir für eine einheitliche, aber auch restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ wollen wir weiterentwickeln



Gabriela Heinrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Martin Burkert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr
und digitale Infrastruktur

und gesetzlich fixieren. Aus unserer Sicht muss das Genehmigungsverfahren geändert werden, auch mit einer stärkeren Einbindung des Bundestages. Und dies vielleicht noch der Vollständigkeit halber, weil das ja leider immer mehr an Bedeutung gewinnt: Die SPD fordert eine völkerrechtliche Ächtung von "autonomen Waffensystemen". Völkerrechtswidrige Tötungen durch Drohnen oder sonstige unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab.

Das Ziel der NATO, dass die Mitglieder ihre Verteidigungsausgaben in Richtung zwei-Prozent des Bruttoinlandsproduktes bewegen sollen, ist eine Absichtserklärung, aber keineswegs eine verbindliche Verpflichtung, die Ausgaben zu verdoppeln. Wir wollen das nicht und wollen stattdessen unseren Kurs fortsetzen, mehr in die Prävention von Konflikten zu investieren. Denn das richtige Konzept für mehr Frieden und mehr Gerechtigkeit in der Welt ist: Konflikten vorbeugen und Konflikte lösen durch eine Politik, die auf sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Fortschritten aufbaut und die Menschenrechte immer als Querschnittsthema mitdenkt. Das alles lässt sich auch aus der Bilanz der SPD der jetzigen Großen Koalition ablesen.

Nur ein paar Beispiele: Die Mittel für den einst von der SPD ins Leben gerufenen Zivilen Friedensdienst haben wir jedes Jahr erhöht (45 Millionen Euro 2017 gegen 29 Millionen Euro 2013) – gegen erbitterten Widerstand der Union. Seit 2015 gibt es im Auswärtigen Amt eine Abteilung Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge und seit 2016 entsendet das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) zivile Experten zu Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Die Mittel für Krisenprävention haben wir von 87 Millionen Euro 2015 auf 250 Millionen Euro 2016 mehr als verdoppelt.

Sehr geehrte Damen und Herren vom Nürnberger Friedensmuseum, wir hoffen sehr, dass wir Ihre Fragen in zufriedenstellenden Umfang beantwortet haben. Wir wünschen Ihnen für Ihre wichtige Arbeit weiterhin allen nur erdenklichen Erfolg und stehen Ihnen gerne jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriela Heinrich MdB

Martin Burkert MdB